

Trotz alledem: Zukunft nur mit links!

Weltweit, in weiten Teilen Europas und auch in Deutschland sind die Rechten auf dem Vormarsch. Es gibt aber auch Länder mit einer stärkeren Linken wie in Nordeuropa und Frankreich. Wir leben in einer offenen politischen Situation. Klassenkämpfe brechen an vielen Stellen auf. Hierdurch wird die Polarisierung zwischen rechten und linken Antworten deutlicher. Die letzten Jahre sind gekennzeichnet durch die Überlagerung verschiedener Krisen: Klimakrise, Corona-Krise, die Kriege in der Ukraine und in Nahost und den damit einhergehenden Inflationen- und Preisexplosionen insbesondere bei Grundnahrungsmitteln und im Energiebereich. Die Klima- und Umweltkrise wird immer spürbarer und immer mehr zu einem Verteilungskampf. Während die einen in den Schützengräben sterben, fahren die anderen Rekordprofite ein und verteilen Landmassen meistbietend. Wo den einen Extremwetterereignisse das Hab und Gut nehmen, erhöhen Versicherer ihre Prämien und verdienen noch besser. Der Kapitalismus befindet sich in einer globalen Verwertungskrise und im Wandel zu einem neuen Akkumulationsregime: Vom deregulierten neoliberalen zum autoritären, stärker staats- und kriegswirtschaftsorientierten Kapitalismus.

Wir als Die Linke setzen dem unsere Klassensolidarität entgegen. Der Gegensatz von Kapital und Arbeit und die Fragen „wem nützt es“, „wem gehört es“ und „wer bestimmt und entscheidet“ sind die Kernfragen von heute und morgen.

Als sozialistische Partei ist es unsere originäre Aufgabe, Eigentumsverhältnisse in Frage zu stellen und uns gegen die Ausbeutung durch das Kapital zu stellen. Für eine echte linke Oppositionspartei reicht es nicht aus, sich mit oberflächlichen Reformen zufriedengeben. Wir stellen die Systemfrage. Wer antikapitalistische Standpunkte nicht vertritt, sondern nur kleine Verbesserungen innerhalb des Systems angehen möchte, erkennt nicht die Ursachen der Zustände, die unsere Gesellschaft immer härter zeichnen. Wer beispielsweise eine Reichensteuer als Neiddebatte verunglimpft, will die Grundlagen der ökonomischen Machtverhältnisse - nämlich den Kapitalismus - nicht angreifen.

Dieser Antrag setzt inhaltliche Schwerpunkte für unsere politische Arbeit der 29 nächsten Jahre.

I. Grundlagen

1. Wir sind die politische Kraft für den Demokratischen Sozialismus: Für eine Gesellschaft, in der alle Formen der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen überwunden werden. In der sich die wesentlichen Produktionsmittel, die Daseinsvorsorge sowie die Finanzwirtschaft in öffentlicher und gemeinwirtschaftlicher Hand befinden und demokratisch kontrolliert werden.
2. Klar ist damit auch, dass unsere Partei die Interessen der abhängig Beschäftigten, der kleinen Selbstständigen, der Menschen ohne Einkommen und ihrer Familien vertritt; unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Herkunft und Weltanschauungen. Wir bekämpfen jede Form von Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung von Menschen mit

Behinderung, Sexismus und alle anderen Formen der Unterdrückung, weil sie der Menschenwürde widersprechen, die Klasse spalten und damit unsere Kampfkraft massiv schwächen.

3. Wir verstehen uns als eine antiimperialistische Kraft. Wir setzen auf gleichberechtigte politische und wirtschaftliche Beziehungen. Überall auf der Welt gibt es Menschen, die in ihrem Kampf um Eigenständigkeit und Emanzipation gegen die Kräfte der Repression Unterstützung benötigen, in ihrem Kampf für ein Leben ohne Armut, Hunger und Ausbeutung, in ihrem Engagement für Frieden und Menschenrechte. Wir stehen überall an der Seite der Menschen und nicht von Konfliktparteien. Kein Land und keine militärische Organisation darf einer anderen Bevölkerung oder Gruppe durch direkte und indirekte Gewalt ihren Willen und ihre Interessen aufzwingen. Wir setzen auf zivile Konfliktlösungen und stellen uns weltweit gegen Interessen der militärisch-industriellen Komplexe. Wir stellen uns gegen den Irrglauben, das Modell der durchkapitalisierten Gesellschaften könne Heil und Segen über die gesamte Welt bringen. Echte Friedenspolitik braucht keine bewaffnete Jugend in Schützengräben oder gar atomare Aufrüstung, sondern verhindert gewalttätige Konflikte lange bevor sie ausbrechen. Wir vertreten einen antikolonialen Standpunkt. Internationale Solidarität bleibt das Gebot der Stunde. Nicht Ländergrenzen trennen Menschen, sondern gesellschaftliche Klassen. Die Linke tritt der Behauptung entgegen, es sei in der Vergangenheit zu viel Entspannungspolitik betrieben worden: Das Problem war nicht zu viel, sondern zu wenig Entspannungspolitik.
4. In den vergangenen 50 Jahren hat die menschengemachte Erhitzung des Weltklimas drastisch zugenommen und bedroht immer stärker die Lebensgrundlage aller Menschen auf dem Planeten. Die Auswirkungen der Klimaveränderungen treffen vor allem arme Menschen. sind die einzigen Partei, die den Krieg als Klimakiller benennt und bekämpft. Wir sind die einzige Partei, die den grenzüberschreitenden Kampf für eine selbst bestimmte Gesellschaft gegen die hemmungslose kapitalistische Ausbeutung von Bodenschätzen, Wasser, Ackerland, Luft und den Menschen unterstützt. Wir setzen uns für den Erhalt verwurzelter Lebensweisen, Sprachen und Kulturen ein. Preissteigerungen von Gütern der Lebensgrundlage, Zerstörung von landwirtschaftlich nutzbaren Flächen, Hunger und Hitzetod treiben viele in die Flucht aus ihrer Heimat. Wir suchen nicht die Ursache im vermeintlich individuellen Fehlverhalten des Einzelnen. Der Erhalt einer lebenswerten Umwelt ist möglich mit einer konsequenten Ausrichtung auf Ausrichtung auf Erneuerbare, Energieeffizienz und weniger Energieverbrauch, mit einer Verkehrspolitik, die auf den öffentlichen Verkehr setzt, und mit einer Agrarpolitik, die sich von der Massentierhaltung abwendet und ökologisch ist.
5. Der Kapitalismus dominiert weltweit Produktions- und Wirtschaftskreisläufe und treibt die soziale Spaltung zwischen Arm und Reich voran. International agierende Großkonzerne, die so finanzstark sind, dass Staaten ihnen gegenüber als Bittsteller auftreten, tragen dazu bei, lokal erkämpfte demokratische Strukturen auszuhöhlen. Sogar der regionalen Rechtsprechung können sich solche Konzerne immer öfter entziehen oder schaffen gar ihre eigenen Rechtsnormen. Kurzum: Die

Klassengegensätze werden seit Jahrzehnten größer und sichtbarer. Mit viel Geld wird Hass auf wehrlose Sündenböcke und das Glück in Nation und Rasse propagiert. Als demokratische Sozialist*innen kämpfen wir gegen diese Entwicklungen und setzen ihnen ein grundlegend anderes Sozialstaatsmodell entgegen. Unser Anspruch bleibt: Wir wollen die Macht von Konzernen und Privatbanken zusammen mit unseren weltweiten Schwesterorganisationen auf Dauer brechen und Reichtum gerecht von Oben nach Unten verteilen. Die Zerschlagung von Großkonzernen, die Überführung von Unternehmen der Daseinsvorsorge und Banken in öffentliches, demokratisch kontrolliertes Eigentum, die Förderung von genossenschaftlich organisierten Betrieben, eine gerechte Erbschaftsteuer, Vermögens- und Übergewinnsteuer, Anhebung des Spitzensteuersatzes, eine mindestens zur Lohnsteuer gleichwertige Kapitalertragsteuer, eine Entlastung von mittleren und kleinen Einkommen, ein anderes Wirtschaftsmodell, das in den sozialen und klimagerechten Umbau unserer Gesellschaft investiert und die Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung sind unsere Forderungen auf dem Weg zum demokratischen Sozialismus.

6. Wir streben nicht nur nach Stimmmehrheiten in Parlamenten und Einfluss in Organisationen, sondern danach, dass alle Lebensbereiche demokratisiert werden und alle Menschen zur demokratischen Gestaltung ihrer Lebensbedingungen fähig sind. Dafür arbeiten wir mit sozialen, ökologischen und kulturellen Organisationen zusammen, die gleich oder ähnlich gerichtete Interessen haben. Die Gewerkschaften spielen als Machtorganisationen der abhängig Beschäftigten dabei eine herausgehobene Rolle. Denn wir wissen: Die Gesellschaft zur Gerechtigkeit und zum Guten für die Mehrheit zu verändern, wird nicht allein in und durch die Parlamente gelingen, sondern braucht den Einsatz, die Überzeugungskraft und das Engagement von uns vielen.

II. Politische Konsequenzen

Um unser oben dargestelltes Profil wieder zu schärfen, wollen wir uns für die kommende Amtsperiode auf wenige Themen konzentrieren. Andere Themen wie z.B. die soziale Infrastruktur oder Mobilität behandeln wir natürlich in der politischen Praxis weiterhin. Jedoch wollen wir uns im Rahmen von Kampagnen auf die folgenden Themen fokussieren:

1. Arbeit & Soziales

Wir setzen uns ein für gute Arbeitsbedingungen und eine bessere Entlohnung der Beschäftigten, sowie den sozial-ökologischen Umbau und die Demokratisierung der Arbeitswelt. Wir engagieren uns politisch und unterstützen die Gewerkschaften in ihren Tarifikämpfen. Als Partei stellen wir die Eigentumsfrage und stehen stets parteiisch auf der Seite der Beschäftigten. Dort wo möglich unterstützen wir beratend Menschen ohne Lohnarbeit in Konflikten mit Arbeitsämtern und Jobcentern. Zusammen mit den Gewerkschaften und der Friedensbewegung machen wir uns stark für eine echte Friedenspolitik, die bewaffnete Konflikte verhindert. Wir wollen die Konversion von

umweltschädigenden Industrien in nachhaltige Produktion fördern und die Umstellung der Industrie auf die Nutzung nachhaltiger Energieträger schneller voranbringen. Nur so sichern wir einen zukunftsträchtigen Arbeitsmarkt. Ein Gewerkschaftsrat befindet sich in Gründung, die AG BuG im weiteren Aufbau. Eine Unterstützung und Vernetzung von Genoss*innen, die Sozialsprechstunden anbieten, oder anbieten wollen, werden wir weiter organisieren. Unsere Aktivitäten für eine wohnortnahe, öffentliche und gute Gesundheitsversorgung für alle werden wir gerade in ländlichen Gebieten fortsetzen.

2. Wohnen & Leben

In vielen Städten Hessens finden Menschen keine sozial geförderte oder bezahlbare Wohnung mehr, während in ländlichen Räumen oft Leerstand herrscht. Wir brauchen wirksame rechtliche Maßnahmen wie Mietendeckel und Zweckentfremdungsverbot, aber auch die Begrenzung von Nebenkosten. In den ländlichen Räumen muss die soziale Infrastruktur erhalten und ausgebaut werden. Unser Ziel ist die Vergesellschaftung der privaten Wohnungskonzerne. Kommunen müssen in die Lage versetzt werden kommunale Wohnungsbaugesellschaften finanziell zu stärken und wo es sie nicht gibt aufzubauen - Wohnungsverlust muss mit aller Macht verhindert werden. Nicht nur hier ist die Schuldenbremse das größte Hindernis und muss abgeschafft werden. Wir brauchen aber auch eine echte neue Wohngemeinnützigkeit. Boden darf kein Spekulationsobjekt sein. Ein Anfang ist es, keine Flächen mehr zu privatisieren, sondern in öffentlichen Besitz zurückzuholen. Mieter*innen brauchen demokratische Mitbestimmungsrechte. Wärmedämmung und die Umstellung von Heizungen auf nachhaltige Energien müssen mietenneutral stattfinden. Wir wollen sozial gerechte Förderprogramme und gesetzliche Regelungen, die dies ermöglichen und sicherstellen.

3. Für Klimagerechtigkeit und gegen Krieg

Der Kampf gegen den Klimawandel und seine Folgen und die Zerstörung der Natur ist für uns von zentraler Bedeutung und eng verbunden mit der sozialen Frage und der Frage von Krieg und Frieden. Als Friedenspartei werden wir nicht aufhören, den häufigsten Grund für erzwungene Migration zu benennen: Die Kriege der Mächtigen um Rohstoffe, Marktzugänge und militärischer Einflussphären. Deshalb sind wir als einzige Partei auch konsequent gegen Rüstungsexporte und Rüstungsproduktion. Aber auch der Klimawandel wird ein immer zwingenderer Grund für Menschen, ihre Heimat zu verlassen und an anderen Orten eine Lebensgrundlage zu suchen. Wir kämpfen gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, die eng verbunden ist mit der sozialen Frage und denken beide Themen immer zusammen. Gerade weil sich die Krisen zuspitzen: Der Kampf für einen ökologischen und sozialen Wandel der Gesellschaft und der Wirtschaft wird die Zukunft zunehmend bestimmen und hat für uns oberste Priorität ebenso wie der Kampf um eine friedliche Lösung von Konflikten auf dieser Welt. Zusätzlich wird auch der Klimawandel ein immer zwingender werdender Grund für Menschen, ihre Heimat zu verlassen und an anderen Orten eine Lebensgrundlage zu suchen. Wir kämpfen gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, die eng verbunden ist mit der

sozialen Frage und denken beide Themen immer zusammen. Mit Krieg und Hochrüstung kann kein einziges der großen Menschheitsprobleme gelöst werden! Kriege verbrauchen die begrenzten Ressourcen der Erde, zerstören Natur und Lebensräume. Das Geld, das für Militär ausgegeben wird, fehlt in den öffentlichen Haushalten. Derzeit gibt Deutschland 85 Milliarden Euro im Jahr für Militär aus, es soll noch viel mehr werden. Die sogenannte Zeitenwende drängt auf den militärischen Umbau der Gesellschaft. Die Rufe nach immer mehr Waffenlieferungen, Aufrüstung, aktive Kriegsbeteiligung und die jüngste Stationierung atomwaffenfähiger US-Mittelstreckenraketen grenzen an politischen Wahnsinn. Noch ist eine Mehrheit der Bevölkerung gegen den Kriegskurs. Wir als Linke arbeiten mit am Aufbau einer starken Friedensbewegung.

4. Willkommenskultur und unser Kampf gegen Rechts

Nicht Migration gefährdet das Funktionieren unserer Demokratie, sondern die umfängliche Privatisierung öffentlicher Güter, die Umverteilung von oben nach unten, kurz der jahrzehntelange Raubzug von Großkonzernen gegen den Sozialstaat. Der Neoliberalismus prägt damit zunehmend die Grundlagen unserer Gesellschaft. Die Debatte um Migration lenkt dabei lediglich von dieser grundlegenden Problematik ab. Wir kämpfen für die Verteidigung der Migrationsgesellschaft in der Bundesrepublik. Als einzige Partei stellen wir uns Abschiebung entgegen und sprechen uns gegen Verschärfungen in Aufenthalts- und Asylgesetz sowie gegen die Einführung von GEAS aus. Wir verwehren uns einer Diskussion, die Migration als Gefahr für unsere Gesellschaft darstellt und verteidigen das individuelle Recht auf Asyl. Wir setzen uns konsequent für ein allgemeines aktives und passives Wahlrecht auf kommunaler, Landes-, Bundes- und Europaebene ein, das alle Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben inkludiert. Nationalistische wie rassistische Abschottung unseres Landes und Kontinents ist nicht die Lösung.

Um die sich bedrohlich verstärkende Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen, ist Deutschland eine andere Sozial- Arbeitsbeschaffungspolitik nötig. Konkurrenz zwischen Geflüchteten Bürgergeld-/Hartz-Vier-Empfängern Langzeitarbeitslosen und Geringverdienern auf dem Wohnungsmarkt und um Arbeitsplätze muss beendet werden. Überschuldete Kommunen brauchen hierfür Haushaltsmittel um ihre Sozialstaatlichen Pflichten und demokratischen Auftrag nachzukommen. Durch eine andere Besteuerung der Reichen, der Gewinne und Vermögen ist eine humane, Asyl- und Flüchtlingspolitik in Deutschland möglich.

Die im Kern faschistische AfD bekämpft man nicht, indem man ihr hinterherläuft. Millionen sind im Februar dieses Jahres in ganz Deutschland gegen die "Remigrationspläne" der AfD auf die Straße gegangen. Führende Vertreter der AfD sprechen von "millionenfacher Rückführung" von Ausländern und Deutschen mit migrantischer Herkunft. Völkischer Rassismus war der Kitt, der die NSDAP zusammengehalten und angetrieben hat. Völkischer Rassismus hält auch die AfD zusammen. Die Gefahr, dass in Deutschland eine faschistische Massenbewegung unter Führung der AfD heranwächst und dass es doch "wieder" passiert, ist heute so groß, wie nie nach 1945. "Nie wieder" heißt jetzt! Unter der Losung "Alle zusammen gegen den Faschismus!" beteiligt sich die LINKE Hessen am Aufbau einer widerständigen antifaschistischen Bewegung.

III. Klare Opposition zu kapitalistischen Logiken

Keine Versammlung der Linken wird ohne offene politische Diskussion stattfinden. Wir wollen Bildungsbausteine in die Arbeit der Kreis- und Ortsverbände sowie der Landesarbeitsgemeinschaften und landesweiten Zusammenschlüsse integrieren. Wir bieten darüber hinaus online oder regional Veranstaltungen zu aktuellen und grundlegenden Themen an. Hierzu arbeiten wir mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Kommunelinks und der Kommission politische Bildung zusammen. Um die Kompetenzen von erfahrenen Mitgliedern als solche, die in einen Bereich neu einsteigen, weiterzugeben, bieten wir Mentoringprogramme an. Bei all unserem politischen Engagement bleiben wir unserer Tradition als oppositionelle und antikapitalistische Partei treu. Es liegt an uns, als Partei Die Linke in Hessen, eine klare und konsequente Haltung einzunehmen. Für die Bundestagswahl und Kommunalwahlen orientieren wir uns am Plan 25 und wollen 2028 wieder im Hessischen Landtag vertreten sein. Viele vermissen unsere engagierte und konsequente Opposition in Wiesbaden. Wir setzen uns aktiv ein für eine gerechte und solidarische Gesellschaft und kämpfen gemeinsam gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Nur gemeinsam und nicht gegeneinander wird uns der Kampf für eine bessere Welt gelingen!